denkfabrik R21

ROTE LINIEN STATT BRANDMAUERN

ZEHN BEDINGUNGEN BÜRGERLICHER POLITIK

AUGUST 2026

In den 2020er Jahren erleben die westlichen Gesellschaften einen politischen Pendelschlag nach rechts. Die entscheidende Frage ist, ob dieser Pendelschlag in der rechten Mitte abgefangen wird oder ob er nach rechtsaußen durchschwingt. Denn die zentrale politische Auseinandersetzung der kommenden Jahre wird auf der politischen Rechten geführt. Während die pauschale Ausgrenzung der neuen Rechten durch die „Brandmauer“ offenkundig erfolglos geblieben ist, muss bürgerliche Politik diese Herausforderung annehmen und die Auseinandersetzung offensiv mit einem klaren Profil führen, das Abgrenzungen nach rechts und nach links erfordert. Dabei sind zwei Arten von roten Linien zu unterscheiden: die Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen, jenseits derer ohnehin nichts zu diskutieren ist und die für Fragen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz oder ein mögliches Verbotsverfahren relevant sind – und die Grenzen des politisch Zustimmungsfähigen, die Positionen markieren, von denen sich bürgerliche Politik klar abgrenzt. Positionen diesseits dieser Linien sind für bürgerliche Politik Gegenstand konstruktiver Debatten. Die folgenden roten Linien umreißen diese Positionen, erheben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. KEINE NÄHE ZUM PUTIN-REGIME – UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE

Die Ukraine ist Opfer eines russischen Angriffskrieges und ihre Unterstützung Teil westlicher Selbstbehauptung. Die veränderte Sicherheitslage Deutschlands darf nicht aus ideologischen Gründen ignoriert oder kleingeredet werden.

2. WESTBINDUNG UND NATO-MITGLIEDSCHAFT

Deutschlands Platz im Bündnis der westlichen Demokratien steht nie zur Debatte. Nur das westliche Bündnis garantiert Freiheit und Sicherheit.

3. EUROPÄISCHE INTEGRATION DEUTSCHLANDS

Deutschland muss immer eine konstruktive Rolle in einem friedlichen und kooperativen Europa einnehmen.

4. EXISTENZRECHT DES STAATES ISRAEL UND SCHUTZ JÜDISCHEN LEBENS IN DEUTSCHLAND

Die besondere Verantwortung für Juden, ganz besonders in Deutschland und Israel, ist unverhandelbar.

5. TRAGFÄHIGE REFORMEN DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME

Illusorische populistische Versprechungen zulasten aller sind keine Grundlage für Gespräche.

6. VERPFLICHTUNG AUF MARKTWIRTSCHAFT UND EIGENTUMSORDNUNG – NACHHALTIGE REFORMEN DER WIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DEUTSCHLANDS

Deutschland verdankt Wohlstand und Wachstum der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese steht nicht zur Debatte, sondern muss durch eine konsequente Reformpolitik reaktiviert werden, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen und für die Zukunft zu rüsten.

7. STEUERUNG UND BEGRENZUNG VON MIGRATION, MÖGLICHKEIT DER EINBÜRGERUNG INTEGRIERTER ZUWANDERER

Asylmigration und Einwanderung folgen grundlegend unterschiedlichen Logiken. Asylmigration muss dringend, verlässlich und wirksam auf die wirklich Verfolgten konzentriert werden und darf nicht camouflierte Einwanderung sein. Ausreisepflichtige Migranten müssen konsequent rückgeführt werden.

Zugleich ist Deutschland als alternde Gesellschaft in der Mitte Europas auf legale und geordnete Migration nach unseren Regeln angewiesen. Bürgerliche Politik will, dass Menschen, die auf diesem Wege nach Deutschland kommen, sich hier integrieren und Erfolg haben. Das ist die bürgerliche Vorstellung einer offenen Gesellschaft mit klaren Grenzen.

8. EINE LEITKULTUR, DIE FÜR ALLE GILT

Die offene Gesellschaft ist nicht beliebig. Ihre kulturellen Grundlagen und die Werteordnung des Grundgesetzes – individuelle Freiheit und Pluralismus, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, Rechtsstaatlichkeit und eine vitale Öffentlichkeit, gegenseitiger Respekt und Toleranz – sind als Leitkultur für alle unverhandelbar.

9. VERANTWORTUNG FÜR DIE DEUTSCHE VERGANGENHEIT, INSBESONDERE DIE BEIDEN DEUTSCHEN DIKTATUREN IM 20. JAHRHUNDERT

NS-Staat und SED-Diktatur waren deutsche Verbrechen im 20. Jahrhundert. Ihre Relativierung ist mit bürgerlicher Politik unvereinbar.

10. BEKÄMPFUNG JEDER ART VON EXTREMISMUS

Extremisten jeder Art – links, rechts, religiös oder ganz anders – müssen aktiv bekämpft werden. Wer bei manchen wohlwollend ein Auge zudrückt, kann kein Gesprächspartner bürgerlicher Politik sein.

Diese Veröffentlichung der Denkfabrik für neue bürgerliche Politik dient ausschließlich der Information.

Im Allgemeinen wird in dieser Publikation das generische Maskulinum verwendet. Das heißt: Die verwendeten grammatikalisch maskulinen Personen- und Berufsbezeichnungen sind auf alle Geschlechter bezogen. Sie gelten damit allgemein für Personen, deren biologisches Geschlecht unbekannt, nicht von Bedeutung oder – im Plural – unterschiedlich zusammengesetzt ist.

HERAUSGEBER

REPUBLIK21 e.V. DENKFABRIK FÜR
NEUE BÜRGERLICHE POLITIK
Baierbrunner Straße 25
81379 München

T +49 89 2000 80 752
F +49 89 288 555 25

info@denkfabrik-r21.de
www.denkfabrik-r21.de